

Beobachtungen zu Corona aus wertabspaltungskritischer Perspektive

1. Bei der **Ausbreitung des Corona-Virus** leiden und sterben Menschen weltweit unter unwürdigen Bedingungen. Das darf nicht hinter Zahlen verschwinden, wenn Menschen nicht noch mehr auf Nummern reduziert und zu Exemplaren gemacht werden sollen. Betroffen sind vor allem diejenigen, die in den kapitalistischen Verhältnissen ‚überflüssig‘ sind. Das gilt sowohl im Blick auf die ungebremsste Ausbreitung des Virus (Obdachlosigkeit, enge Wohn-, prekäre Arbeits-, informelle Beschäftigungsverhältnisse) wie im Blick auf Maßnahmen zu seiner Eindämmung. Das Virus ‚verschränkt sich mit ‚Pandemien‘ der Armut, der Ungleichheit, der patriarchalen Gewalt, der Militarisierung, des Autoritarismus, der Isolation“¹.

Virus und Maßnahmen zu seiner Eindämmung legen sich gleichsam über die kapitalistischen Krisenverhältnisse und wirken als deren Brandbeschleuniger. Das Virus könnte, wenn Überlegungen zur Zoonose zutreffend sind, aus dem Zusammenhang kapitalistischer Produktionsverhältnisse (Landübernutzung, Tierzuchtproduktion, Massentierhaltung u.a. zwecks Fleischproduktion) und der mit ihnen verbundenen Naturverhältnisse entsprungen sein². Ausgebreitet hat es sich über die kapitalistischen Distributionsverhältnisse. Dabei stieß es auf unzureichende bzw. auf teilprivatisierte und durch Sparen lädierte Gesundheitssysteme und in den Krisenregionen der Peripherie auf die Auflösung der Strukturen von Markt und Staat.

2. Mit dem Virus umgehen muss eine **Politik**, der angesichts der in der Krise schwindenden Finanzierungs- und Handlungsmöglichkeiten immer mehr die Puste ausgeht. Die durch die wirtschaftliche Hilfen in der Corona-Krise noch einmal in die Höhe getriebenen astronomischen Summen an Verschuldung einschließlich ihres Inflationspotentials befeuern die Blasenbildung und können von künftiger Wertproduktion nicht ausgeglichen werden. Ziel der staatlichen Maßnahmen in ihrer Kombination von Hilfen, Einschränkung der Kontakte und Impfen ist es, den kapitalistischen Systemzusammenhang abzusichern bzw. seine Normalität wieder her zu stellen.

Dabei folgt die Politik nicht einem stringenten Muster. Vor den Lockdowns wurde das Virus ignoriert bzw. verharmlost. Die danach einsetzenden politischen Maßnahmen sind durch Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet. Während vor allem exportorientierte Bereiche ausgespart blieben, zielten die Einschränkungen vor allem auf die Gastronomie, auf die Event- und Freizeitindustrie, den Kulturbetrieb sowie auf die Unterbindung sozialer Kontakte. Vor allem von letzterem waren Menschen in Kranken- und Pflegeeinrichtungen in unzumutbarer Weise betroffen. Während manche ‚gelockdownte‘ Wirtschaftszweige mit staatlichen Hilfen ausgestattet wurden, gilt dies nicht für Menschen, die gezwungen sind, in prekären sozialen Zusammenhängen zu leben.

Die mit den ‚Lockdowns‘ verbundenen sozialen und sozial-psychologischen Probleme wie Isolation der Alten und Kranken, Einschränkung sozialer Kontakte, Folgen der Schulschließungen vor allem für sozial benachteiligte Kinder, Zunahme häuslicher Gewalt, Depressionen und Angststörungen etc. wurden von BefürworterInnen der ‚Lockdownmaßnahmen‘ eher ignoriert und von KrikerInnen als Argument gegen die Maßnahmen in Stellung gebracht – selbstverständlich ohne sie als ‚Vorerkrankungen‘ im Rahmen der kapitalistischen Normalität zu reflektieren.

3. Angesichts staatlicher Hilfs- und Schutzmaßnahmen träumen die einen von der **Rückkehr des Primats der Politik**. Andere reden vom **Ausnahmezustand**. Das politische Hin und Her zwischen

- 1 Jule Manek, Usche Merk, In Turbulenzen. Die Pandemie (über) fordert Einzelne und Gesellschaften. Eine psychosoziale Ringvorlesung erkundet die sozialen und affektiven Folgen, in: medico international, rundschriften 03/21, 44f.
- 2 Vgl. Rob Wallace, Was Covid-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobuisness zu tun hat, Köln 2/2021.

‚Lockdown‘ und ‚Lockerungen‘ spiegelt nicht einen Primat der Politik, sondern die Grenzen politischen Handelns, den proklamierten Schutz der Gesundheit mit Systemnotwendigkeiten in Einklang zu bringen. Bei Hinweisen auf den Ausnahmezustand wurde vor allem bei links-liberalen KritikerInnen der konstitutive Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie, von Repression und Liberalismus ausgeblendet³. Kaum in den Blick kamen vor allem von der ‚corona-liberalen‘ Landesregierung in NRW betriebenen Verschärfungen des Demonstrationsrechts (z.B. Einschränkung der Versammlungsfreiheit, weitreichende Regulierungs- und Überwachungsmöglichkeiten durch die Polizei)⁴. Weithin unbeachtet beleben ebenso die verschärften Repressionen gegen Geflüchtete, wie z.B. die unter dem Druck der Corona-Krise durchgesetzten kollektiven Zwangsabschiebungen von Griechenland in die Türkei, verschärfte Strafverfolgung von Kirchenasyl (solche mit der Religion verbundene Praxis fällt offensichtlich nicht unter die gegen die Corona-Maßnahmen eingeforderte (Religions-) Freiheit).

In den letzten Jahrzehnten ist der Ausnahmezustand für Geflüchtete zum Normalzustand geworden. Hier wird exekutiert, was allen ‚Überflüssig‘-gemachten droht. Es ist zu befürchten, dass im Blick auf Corona durchgesetzte autoritäre staatlichen Maßnahmen auch in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen ihre Anwendung finden und begleitet sein werden von mit der Krise zunehmenden Verwilderungen der Polizei- und Justizapparate (Korruption, Mafiaverbindungen u.a.). Dabei dürfte der von der Politik auf Dauer kaum mehr durchsetzbare ‚Ausnahmezustand‘ übergehen in politische und soziale Verwilderung wie dies bei der Pandemie ignorierenden politisch autoritären Regierungen wie in Brasilien oder Ungarn zu beobachten ist. Die ersten Opfer der Ignoranz gegenüber dem Virus als auch der Schutzmaßnahmen sind auch hier die ‚überflüssig‘ gemachten Teile der Bevölkerung.

4. Das „ganze **Ethik-Gesmus**“ (Roswitha Scholz) zielt darauf, allgemeine ethische Normen wie z.B. ‚Schutz der Gesundheit‘ oder „Das Leben ist nicht das höchste Gut“ (Scheuble) mit Systemfunktionalität in Einklang zu bringen⁵. Ethische Diskurse werden zu einer Verträglichkeitsprüfung für die Vereinbarkeit vermeintlich universaler Werte und Normen mit den als unhinterfragte Norm(alität) vorausgesetzten Verhältnissen. Mit dem Hinweis, das Leben sei nicht das höchste Gut und sowieso endlich, soll in der Corona-Krise der Weg in die kapitalistische Normalität gebahnt werden – auch um den Preis der Freiheit zum Sozialdarwinismus.

Ein biopolitisches Problem ist nicht einfach ein von einem Naturbeherrschungswahn produziertes funktions- und leistungsfähiges Leben und dessen Verlängerung um jeden Preis, sondern auch ein systemfunktionales Sterben lassen angesichts der Kosten, die mit dem Erhalt ‚überflüssigen‘ Lebens verbunden sind. In der Logik Kant’scher Ethik kann dies zur Pflicht gemacht werden. Der allgemeine Hinweis auf die Sterblichkeit des ‚Lebens an sich‘ ist in diesem Zusammenhang ebenso zynisch wie die Klage über die Verdrängung von Sterben und Tod.

Dass es der Politik zu Beginn der Corona-Krise um den Schutz der besonders vulnerablen Alten und Schwachen gegangen sein soll, ist zu bezweifeln. Ins Kalkül gefallen sein dürften ‚die Alten‘ wohl eher als WählerInnenresservoir, aber auch der Skandal, der zu befürchten gewesen wäre, wenn es zu einem ‚Massensterben‘ gekommen wäre. Nachdem ‚die Alten‘ durch Impfung geschützt sind, drohen vor allem Kinder und Jugendliche zu Opfern einer Durchseuchungspolitik zu werden, während Geimpfte ‚ihre Freiheit‘ zurück bekommen und Ungeimpfte um der Freiheit willen zur

3 Vgl. Roswitha Scholz, ‚Die Demokratie frisst immer noch ihre Kinder‘ - heute erst recht! In: exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft 16/2019, 30 – 60.

4 Vgl. Verachtung demokratischer Teilhabe. Geplantes NRW-Versammlungsgesetz führt Grundrecht ad absurdum, in: Informationen Grundrechte Komiee.de 02/2021.

5 Vgl. Herbert Böttcher (2020): Zur Diskussion um Corona, <https://www.oekumenisches-netz.de/2020/05/zur-diskussion-um-corona/>.

Impfung verpflichtet werden. Den Preis solcher Freiheit könnten Kinder und Jugendliche zahlen, die ohne hinreichenden Schutz in den ‚systemrelevanten‘ Kitas und Schulen zwecks elterlicher ‚Freiheit‘ zur Arbeit ‚verwahrt‘ und auf ihre Verwertbarkeit vorbereitet werden.

5. Ebenso wenig ist den Beschwörungen der **Solidarität** zu trauen. Besonders offensichtlich wird dies im Kampf um die globale Verteilung von Impfstoffen. Hier tobt ein ‚Impfnationalismus‘, der blind ist auch für die Folgen im Blick auf die eigene Nation. Die in der Krise – analog zur ‚Selbstbezüglichkeit‘ des Kapitals – auf ‚**Selbstbezüglichkeit**‘ getrimmten Individuen sollen plötzlich wieder solidarisch sein⁶. Genau das aber kommt angesichts der sich in der Krise verschärfenden Konkurrenz der Quadratur des Kreises gleich: Die „Leute (sollen) gleichzeitig eigennützig und altruistisch, ... durchsetzungsfähig und hilfsbereit; konkurrenzfähig und solidarisch sein ... sollen ... arm und reich sein, ... sparsam und verschwenderisch, dick und dünn, asketisch und hedonistisch“, hatte Robert Kurz bereits im Blick auf postmoderne Entwicklungen formuliert⁷.

6. Das **Einbrechen der kapitalistischen Halterungen** in Polaritäten wie Ökonomie und Politik, Subjekt und Objekt wird durch die Corona-Krise noch einmal beschleunigt. Das wirre Hin und Her zwischen den Polaritäten geht immer schneller und quer durch die Maßnahmenpakete hindurch. Ähnliches gilt für die Subjekte. Sie sind hin und her gerissen zwischen Freiheit und Repression, Selbstbehauptung und Solidarität, Ich- und Wir-Gefühl. Die Widersprüchlichkeiten schlagen wirr und quer zu Gruppierungen und in den einzelnen Subjekten durch und sind – erst recht in einer auf Reflexionslosigkeit getrimmten Gesellschaft – kaum mehr zu sortieren.

Die mit dem Einbruch der Arbeit und der Auflösung der kapitalistischen Halterungen leer und haltlos gewordenen Subjekte drohen gesellschaftlich und in ihrer ‚Identität‘ in eine „metaphysische Leere“ abzustürzen. Dies gilt umso mehr als mit den Corona-Maßnahmen soziale Kontakte eingeschränkt sowie Kompensationen durch Event und Unterhaltung abgeschnitten sind und Menschen unmittelbar auf die sich mit der Krise der kapitalistischen Vergesellschaftung verschärfende Leere zurückgeworfen sind.

7. Die Widersprüchlichkeiten der gesellschaftlichen Situation spiegeln sich auch in der **Medienlandschaft**. Sie funktioniert nicht uniform. Medien ziehen vor allem dann Aufmerksamkeit auf sich, wenn in ihnen möglichst emotionalisiert Gegensätze ausgetragen oder inszeniert werden. Das geschah in der Corona-Situation vor allem dadurch, dass BefürworterInnen von Einschränkungen und diejenigen, die immer lauter Lockerungen einforderten (vor allem Vertreter einzelner Branchen) gegeneinander in Stellung gebracht wurden. Eine eher uniforme Medienkampagne war – wenn auch gebrochen durch unterschiedliche Phasen – in den Springer-Medien zu beobachten. Ausgerechnet sie mauserten sich zum Anwalt der Freiheit gegen einen autoritären Staat und mobilisierten die entsprechenden ‚Experten‘.

8. Die mit Corona noch einmal verschärfte ‚Haltlosigkeit‘ der kapitalistischen Krisenvergesellschaftung und ihre Vermittlung mit den Subjekten, lässt nach **Zuflucht in identitären Gewissheiten** suchen. Einige Aspekte seien kurz genannt:

- Angesichts der mit Corona noch einmal verschärften Dauerbedrohung durch die Krise – von der Angst, es nicht zu schaffen und abzustürzen, bis hin zur Klimakrise werden Ohnmachts- Abhängigkeits- Kränkungserfahrungen und Ängste verleugnet, verdrängt und die eigene

6 Vgl. Herbert Böttcher u. Leni Wissen, Zwischen Selbstbezüglichkeit und Solidarität? Corona in der Leere des Kapitalismus, in: exit! u. Ökumenisches Netz, Netztelegramm, Februar 2021, vor allem S. 3 ff, https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2021/02/Netztelegramm-1.21_Sonderausgabe-mit-exit.pdf.

7 Robert Kurz, zitiert nach Roswitha Scholz s. Anm. 3, 50.

Genialität im narzisstischen Größenwahn imaginiert. Das erniedrigte und gekränkte Individuum kann sich auch angesichts von Corona selbstherrlich setzen, zum Helden der Freiheit werden und sich in seiner Aufgeklärtheit gegen die Borniertheit der Verblödeten und/oder Manipulierten in Stellung bringen.

- Auch die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus enthalten Angebote identitärer Gewissheit. Existenzängste bis hin zu Ahnungen, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion und Normalität werde zusammenbrechen, lassen sich auf den Kampf gegen Corona projizieren. In den Maßnahmen gegen das Virus erscheint eine Handlungsmacht zurück zu kehren, die in der Krise immer mehr auf immanente Grenzen stößt.
- Einig sind sich fast alle darin, dass sie zur Freiheit der kapitalistischen Normalität zurück wollen: die einen über den Weg des Protests gegen die Maßnahmen, die anderen über Abwehrmaßnahmen, die in der Impfung gipfeln, die Gesundheitsminister Span mit der Parole anpreist: „Wir impfen uns in die Freiheit zurück“.
- Aus einer vermeintlich emanzipatorischen links-liberalen Ecke ertönt der Ruf nach Freiheit als Ruf nach Demokratie, nach Freiheits- und Menschenrechten. Demirovic will demokratisch aushandeln, wie mit der Seuche umzugehen ist und betont: „Wir behalten unsere Freiheit und treffen Entscheidungen, die entweder autoritär, liberal, sozialdarwinistisch oder autonom-sozialistisch sein können.“⁸ Demokratisch-menschenrechtlich geht alles, auch eine Entscheidung für Sozialdarwinismus.
- Unter dem Banner der Freiheit können sich vermeintlich emanzipatorische Linke, AFD/FDP-AnhängerInnen und Carl-Schmitt-SympathisantInnen vereinen. Geeint sind sie auch in der Weigerung, die Krisen im Zusammenhang der kapitalistischen Totalität und darin die Rolle von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie zu begreifen. Was Freiheit und Ausnahmezustand in diesem Zusammenhang bedeuten, zeigt sich vor allem im Umgang mit denen, die aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess herausfallen und als ‚Überflüssige‘ und vom Verwertungsprozess nicht mehr finanzierbar ausgeschlossen, interniert, dem Tod überlassen und getötet werden.

9. Die je nach **Krisenverlauf** wechselnden Besetzungen von Polen wie Ökonomie und Politik, Freiheit und Sicherheit, ‚Selbstbezüglichkeit‘ und Solidarität werden immer weniger möglich – dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der gigantischen Verschuldung und dem Aufblähen der Liquiditätsblase einschließlich der damit verbundenen inflationären Tendenzen. Statt sich auf eine der Seiten zu schlagen, „wären Pragmatismus und Zusammenarbeit im internationalen Maßstab zur Eindämmung der aktuellen auf Corona sich zuspitzenden Krise angesagt. Forschung, Gütertransfers usw., Produktion lebenswichtiger Güter müssten über nationale Grenzen hinweg unbürokratisch und gratis geregelt werden, um weiteren barbarischen Tendenzen entgegen zu wirken. ... Solcher Pragmatismus und ... Sich-Zusammentun sollte aber nicht kitschig mit dem Vorschein einer anderen Gesellschaft verwechselt werden. Sie kann erst dann in den Blick kommen, wenn es denkend und handelnd zu einem Bruch mit den Formen der Wert-Abspaltungs-Vergesellschaftung kommt.“⁹

8 Alex Demirovic, Warum die Forderung nach einem harten Shutdown falsch ist. Zur Kritik des Aufrufs ZeroCovid. <https://www.akweb.de/bewegung/zero-covid-warum-die-forderung-nach-einem-harten-shutdown-falsch-ist/>, 2021.

9 Herbert Böttcher, Roswitha Scholz, Corona und der Kollaps der Modernisierung, <https://exit-online.org/textanz1.php?table=aktuelles&index=60&posnr=731>.

10. Und ganz zuletzt: Um einer **Verengung der Diskussion auf Corona zu entgehen**, wären Fragen wie Klimakrise samt Flucht vor der Zerstörung der Lebensgrundlagen und Afghanistan in die Diskussion einzubeziehen und zu fragen, inwieweit sich hier ähnliche Problemlagen zeigen wie bei Corona, z.B. Leugnung bzw. Verdrängung bereits der Krisenerscheinungen, die Weigerung, die Zusammenhänge mit der Wert-Abspaltungsvergesellschaftung wahrzunehmen, ignorantes ‚Weiter so‘, auch wenn die Katastrophen in Verwilderung umschlagen, ‚Weiter so‘ mit Handlungsfetischismus und „Ethik-Gesumse“ im Rahmen der vorausgesetzten, zerfallenden und immer wirrer durcheinander gehenden Verhältnissen angesichts der Auflösung ihrer polaren Halterungen ...